

Rede von Stadtrat Niebel
zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 26.03.2015

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Presse,

ich möchte noch einige Kommentare über die Haushaltsverhandlungen der CDU, SPD und Grüne formulieren. Da wir keine Einladungen zu den Verhandlungen bekommen haben, kann ich der Absprache nur mit Humor begegnen. Es kommt mir vor, wie ein ganz großes Haushalts-Monopoly. Es wird getauscht und verhandelt. Badstraße gegen Schlossallee, Sofienstraße gegen Bergheimer Straße. Stadtwerke gegen Klangforum. Herrn Lachenauer möchte ich auch zustimmen. Mir bereitet am meisten die Stadtwerke Sorge. Ich möchte nicht irgendwann einmal unverhofft und plötzlich eine Schlagzeile in der Rhein-Neckar-Zeitung lesen: „Die Stadt Heidelberg kann die Zuschüsse der Stadtwerke nicht mehr finanzieren. Die Stadtwerke meldet Insolvenz an.“ Städte können nicht Pleite gehen – Unternehmen schon!

Lösungen: Wie generieren wir mehr Einnahmen für die Stadt, um das Debakel nur aufzuhalten? Es gibt Ideen und Konzepte, wie man mittelfristig auch Millionen generieren kann. Ich kann bei nächster Gelegenheit etwas vorstellen.

Ich möchte nicht über Rücklagen, Eigenkapitalquote, Kassenstand und Verschuldung sprechen – das wurde alles schon gesagt. Was wir definitiv nicht mitmachen ist die Gewerbesteuererhöhung um 50 Punkte. Teilweise ist sie schon gestrichen worden. Das wäre für die Unternehmen ein schlechtes Zeichen. Die Übernachtungssteuer ist vom Tisch, was ebenfalls sehr gut ist. Was mich noch beschäftigt, ist der Posten Planung der Großsporthalle – für mich war klar, dass Heidelberg eine solche Halle möchte.

Dann noch ein paar Worte zur Abschaffung des Amtes für Chancengleichheit. Wir haben bereits Chancengleichheit in Deutschland, und zwar grundgesetzlich garantiert. Heidelberg ist gefühlt auf dem ersten Platz, was die Willkommenskultur in Deutschland angeht. Nach uns kommt lange nichts. Herr Erichson hat mich spaßeshalber einmal gefragt, ob ich ihn arbeitslos machen möchte. Natürlich nicht. Denn, so wie es aussieht, wird das Amt eher ausgebaut. Uns hat ein Aktionsplan mit dem Namen „Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ erreicht. In dem stehen einige Sachen, die auch die Kommunen und den Haushalt betreffen. Man sieht auf diesem Plan 200 verschiedene Einzelmaßnahmen in drei Umsetzungsgruppen Bund, Land und Kommune. Ich habe mir die Kreuze bei den Kommunen zusammengerechnet: das sind 21 Kreuze. Diese in Planstellen (Ämter und Dezernate) umgerechnet kommt da einiges zusammen.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir können diese Hinterzimmer-Politik von den Altparteien nicht mittragen, da wir keinen Einfluss hatten und nicht eingeladen wurden. Die Öffentlichkeit sollte dementsprechend informiert werden. Denn was hier passiert, hat nichts mit Demokratie zu tun.

Vielen Dank.